

Die Mär von den armen Städten

Alleingelassen und darum verschuldet? Das sei völlig falsch, sagt Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags.

Herr Henneke, Städte aus dem Ruhrgebiet bewerben sich um die Olympischen Spiele. Was hat Sie daran verwundert?

Ich habe nichts gegen die Olympischen Spiele oder eine Bewerbung aus Deutschland. Ich würde das Ruhrgebiet unterstützen. Ich habe nur noch nie gehört, dass dringende Hilferufe Ausstoßende Olympische Spiele ausrichten. Nordrhein-Westfalen propagiert bittere Armut in seinen Großstädten und verlangt Milliardenhilfe, will aber gleichzeitig im Länderfinanzausgleich ein reiches Bundesland sein und zudem Olympische Spiele ausrichten. Das Kleid des Bettlers nach Bedarf anzuziehen, das kann nicht funktionieren.

Zwei Drittel der Kassenkredite in Deutschland entfallen auf Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Warum lehnen Sie es als Hauptgeschäftsführer des Landkreistages ab, dass die Bundesregierung einen Teil der Schulden übernimmt?

Weil der Bund das Geld im Rahmen seiner Aufgaben für zukunftsorientierte Gleichwertigkeitsmaßnahmen einzusetzen hat. Die Geschichte, die bei den Kassenkrediten erzählt wird, stimmt vorne und hinten nicht! Die Gemeinden sollen arme Teufel mit geringen Steuereinnahmen sein, weil die Einwohner wenig oder gar keine Steuern zahlen. Die Kommunen sollen deshalb hohe Sozillasten haben, diese selbst zahlen müssen und damit vom Staat alleingelassen werden. Dadurch sollen hohe Kassenkredite unabweisbar entstehen, ohne dass die Stadt dafür verantwortlich sein möchte. Diese Ursachenkette trifft nicht zu.

Die Steuereinnahmen der Städte sind also gar nicht niedrig?

Die These niedriger Steuereinnahmen ist falsch. Die höchsten Steuereinnahmen kreisfreier Städte gibt es in Hessen mit 2100 Euro je Einwohner.

Wir reden von den gesamten Steuereinnahmen der Kommunen...

Das umfasst die kommunale Gewerbesteuer und Grundsteuer sowie die Anteile an der Umsatz- und der Einkommensteuer. Die kreisfreien Städte in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg liegen vorn, aber dann kommt schon Nordrhein-Westfa-

len mit im Durchschnitt 1255 Euro und Rheinland-Pfalz mit 1233 Euro. In Ostdeutschland sind es bei kreisfreien Städten zwischen 700 und 900 Euro, in den Landkreisen sehr viel weniger. Dort ist das Steueraufkommen der Kommunen halb so hoch wie in Nordrhein-Westfalen.

Die Städte im Ruhrgebiet sind reich?

Relativ gesehen ist das so. In Rheinland-Pfalz haben die kreisfreien Städte auch hohe Steuereinnahmen, aber die kreisangehörigen Gemeinden mit 872 Euro je Einwohner relativ geringe. Dafür sind die kommunalen Soziallasten in Rheinland-Pfalz sehr niedrig und nur noch in Bayern und Baden-Württemberg geringer.

Am Dienstag sind Sie und andere Kommunalvertreter zur ministeriellen Gesprächsrunde über die Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ geladen. Laut Bericht kann der Bund in der Schuldenfrage mit einem nationalen Konsens einen Beitrag leisten.

In einem Papier des Städtetages steht: „Bundeshilfe in Sicht. Alle Länder sowie die Städte und Gemeinden haben in der Kommissionsarbeit Verständigung erzielt.“ Der Satz ist richtig, aber der Bund und die Landkreise waren nicht dafür. Damit gab es auch keine Verständigung in der Kommission.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz setzt darauf, dass der Bund einen Teil der Altschulden von Kommunen übernimmt.

Das verstehe ich nicht. Dass Zinszahlungen derzeit Städte erdrosseln und an Investitionen hindern oder ein Zinsänderungsrisiko besteht, können Sie keinem Menschen mehr erzählen. Die Botschaft der EZB lautet doch: Wir kommen aus dieser Niedrigzinsphase nicht raus. Für den Sparer ist das eine Katastrophe, aber viele Kämmerer brüsten sich, dass sie an Kreditaufnahmen Geld verdienen.

Neben Nordrhein-Westfalen haben vor allem Rheinland-Pfalz und das Saarland hohe kommunale Kassenkredite.

Wenn die Behauptung, dass niedrige Steuern hohe Soziallasten erzeugen, irgendwo stimmt, dann in Ostdeutschland, aber dort finden sich keine Kassenkredite.

Städte in Nordrhein-Westfalen verweisen auf die Kosten des Strukturwandels im Ruhrgebiet.

Die niedrigen Kassenkredite in Ostdeutschland widerlegen die Behauptung, dass aus niedrigem Steueraufkommen und hohen Soziallasten zwangsläufig hohe Kassenkredite folgen. Niedriges Steueraufkommen ist mit Ausnahme des Kreisbe-

reichs von Rheinland-Pfalz widerlegt, hohe Soziallasten sind für ganz Rheinland-Pfalz sicher widerlegt. Dass die Städte alles allein bezahlen müssen, ist auch völlig falsch. Die Kommunen haben Soziallasten von 60 Milliarden Euro, davon refinanziert der Bund eine Menge, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sogar komplett. Bei den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger ist es etwa die Hälfte. Von den 60 Milliarden Euro entfallen übrigens 45 Prozent auf die Landkreise und nur 29 Prozent auf die kreisfreien Städte.

Erste Erkenntnis: Die Kommunen müssen die Sozialausgaben nicht vollständig selbst zahlen, sondern erhalten dafür viel Geld vom Bund. Zweite Erkenntnis: Jede Kommune hat einen verfassungsmäßigen Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung, und zwar gegenüber ihrem Bundesland. In geschätzt 95 Prozent der Kommunen übersteigen die Pflichtausgaben die Steuereinnahmen. Deswegen erhalten sie Geld vom jeweiligen Bundesland über den kommunalen Finanzausgleich, nur die ganz reichen Kommunen nicht. In den Berechnungen in Nordrhein-Westfalen werden die kommunalen Einnahmen je Einwohner überdies gewichtet: Mit zunehmender Einwohnerzahl gibt es einen Bonus.

Das begünstigt größere Städte.

Die Einnahmen der Stadt Duisburg werden nicht durch die 498000 Einwohner geteilt, die real da sind, sondern durch 693000 fiktive Einwohner, weil der Wert nach nordrhein-westfälischen Regeln mit der Größe steigt. So sinken künstlich die Einnahmen je Einwohner und der Geldbedarf steigt. Aus vier Millionen Einwohnern, die wirklich in Duisburg, Köln, Düsseldorf, Dortmund, Gelsenkirchen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen und Essen wohnen, werden auf dem Papier 5,78 Millionen Einwohner. Dies erhöht die Finanzkraft der Städte im Vergleich zu kleineren Gemeinden. Für alle Gemeinden im Kreis Höxter gibt es rechnerisch 700 Einwohner hinzu und im Kreis Olpe zusammengenommen 500 Einwohner, während die genannten Städte einen fiktiven Bedarf für zusätzlich 1,8 Millionen Einwohner erhalten und damit bevorzugt werden.

Die Annahme ist, dass mit mehr Menschen die Infrastruktur und die Ausgaben wachsen.

In den Städten konzentrieren sich Arme, Alte, Arbeitslose, Ausländer und Asylbewerber. Mit geringeren Einnahmen je Einwohner fangen wir so zusätzliche Ausgaben der Städte auf. Darauf bezogene Mehrausgaben sind also schon mit eingepreist. Das sollte die Genialität des Systems sein: Wir müssen nicht bei jeder kleinen Aufgaben-Erschütterung Neues machen. Aber dieser zentrale Aspekt spielt in der gegenwärtigen Debatte überhaupt keine Rolle. Jetzt kommt für Nordrhein-Westfalen die nächste bemerkenswerte Geschichte. Für eine Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaft wird die fiktive Einwohnerzahl zusätzlich um 16,8 Personen erhöht. Damit stecken im kommunalen Finanzausgleich von Nordrhein-Westfalen zwei gigantische Hilfen für Städte, die deren Einwohnerzahl im Vergleich zum ländlichen

Raum künstlich erhöhen. Als vor ein paar Jahren die Bundesregierung die Grundsteuer im Alter übernommen hat, sagte kein Oberbürgermeister, dass im Gegenzug auch die Einwohnerveredelung sinken sollte.

Was können Städte dann noch machen?

Kommunen wie Pirmasens oder der Landkreis Kaiserslautern klagen in Karlsruhe auf eine Mindestausstattung, also auf mehr Geld. Darauf gibt es einen grundgesetzlichen Anspruch, aber vor dem Verfassungsgerichtshof in Nordrhein-Westfalen haben Kommunen seit den neunziger Jahren verloren. Doch jetzt ist das Bundesverfassungsgericht angerufen und wird nach unserer Ansicht feststellen, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz vom Land zu wenig Geld erhalten und das so nicht weitergehen kann.

Wie kommen Städte wie Essen, Dortmund und Oberhausen raus aus den Schulden?

Hessen hat ein Entschuldungsprogramm aufgelegt. Niedersachsen, Schleswig-Holstein und andere haben das früher auch getan. Wenn die nordrhein-westfälische Landesregierung sagen würde: Wir machen einen Kraftakt und bieten als Land unsere Überschüsse an, könnten wir damit Hand in Hand mit den Kommunen auch eine Olympiabewerbung einreichen. Die Bundesregierung könnte sich dabei mit dem Ausbau von Verkehrswegen und sonstigen Infrastrukturen einbringen. Das hat 1972 eindrucksvoll funktioniert. So könnten die Städte in Nordrhein-Westfalen die Olympische Bewerbung mit Stolz schaffen, ohne Bettler zu sein.

Das Gespräch führte Jan Hauser.